



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

„Landtag macht Schule“ in den Osterferien

Der Landtag Nordrhein-Westfalen lädt Kinder im Alter von 8 und 12 Jahren und ihre Eltern sowie organisierte Ferienfreizeiten zu einem Sonderprogramm in den Osterferien ein. Bei „Landtag macht Schule – Ferien im Parlament“ erkunden sie zwei Stunden lang gemeinsam mit Landtagseule Helene das Parlamentsgebäude, erfahren, wie hier Politik gemacht wird, und können im Plenarsaal das Wort ergreifen. Die Eltern dürfen gerne zuschauen oder an einer Führung teilnehmen. Alle Teilnehmer können eine Erinnerung aus dem Landtag mit nach Hause nehmen.

Das neue Ferienprogramm richtet sich an Familien mit Kindern, die die Schulklassen 3 bis 6 besuchen und auch an Gruppen. Organisatorinnen und Organisatoren von Ferienfreizeiten und ähnlichen Ferienangeboten können sich mit ihren Gruppen ebenfalls beim Landtag anmelden. Termine werden angeboten vom 11. bis 14. April und vom 19. bis 22. April, jeweils von 10.30 bis 12.30 Uhr oder von 14 bis 16 Uhr. Auch Gruppen dürfen sich gerne anmelden. Die Kinder und ihre Eltern werden während des Programms zu einem Imbiss eingeladen. Anmeldung und Informationen beim Besucherdienst des Landtags:

besucherdienst@landtag.nrw.de, Tel. 0211-884 2955. Das Format ergänzt die bisherigen Angebote für Schülerinnen und Schüler des Landtags. Präsident André Kuper, die Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth sowie Vizepräsident Oliver Keymis sind jede Woche zu Gast in Schulen ganz Nordrhein-Westfalen. Vor der Corona-Pandemie trafen sie bei ihren Gesprächen durchschnittlich rund 5.000 junge Menschen pro Jahr. Auch die örtlichen Abgeordneten des Landtags sowie Vertreter der Stadt oder Gemeinde nehmen häufig an den Terminen in den Schulen teil.



Liebe Leserinnen und Leser,

der Landtag kam am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, 5., 6. und 7. April 2022, zu den letzten regulären Plenarsitzungen in dieser Wahlperiode zusammen. Am Mittwoch und Donnerstag standen u. a. Aktuelle Stunden zum geplanten Abbau von kommunalen Altschulden sowie zu steigenden Lebensmittelpreisen auf den Tagesordnungen.

Zum Thema Altschulden betonte die CDU, dass die Landesregierung in den vergangenen Jahren die Kommunen mit zahlreichen Maßnahmen entlastet hat. Seit fünf Jahren gibt es wieder Jahresüberschüsse in den kommunalen Kernhaushalten. Sie belaufen sich in diesem Zeitraum auf rund 8,3 Milliarden Euro. Ein Grund für diese Entwicklung ist, dass das Land mehr Geld in die Städte und Gemeinden gegeben hat.

Die Freigabe der Nutzung von Brachflächen für die Futtermittel- und Lebensmittelproduktion wurde am Donnerstag debattiert, da es vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges wichtig ist, alle Möglichkeiten zu nutzen; dies ist ein wirksames Mittel um steigenden Preise entgegen zu wirken.

Der Krieg in der Ukraine erschüttert uns alle. Er stellt uns auch in Deutschland vor große Herausforderung. Es geht in dieser bewegten Zeit um Bevölkerungsschutz, Gesundheitsschutz und Versorgungssicherheit. Wir spüren, dass wir auf wesentliche Fragen neue Antworten gebrauchen. NRW hält zusammen: Für die große Solidarität mit den Geflüchteten sind wir dankbar.

Auch die Corona-Pandemie ist noch nicht überwunden. Ziel muss es sein, die erfolgreiche Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie so fortzusetzen, dass schwere gesundheitliche Beeinträchtigungen für die Bürgerinnen und Bürger und eine Überforderung der gesundheitlichen Versorgungsstrukturen, insbesondere der Krankenhausversorgung, weiterhin bestmöglich verhindert werden.

Mit dem heutigen 170. Plenartag endet die letzte Plenarwoche in dieser Legislaturperiode. Somit ist der April-Newsletter auch der letzte Newsletter in dieser Legislaturperiode. Vielen Dank, dass Sie diesen abonniert haben. Ich freue mich, wenn Sie meinen Newsletter weiterhin abonnieren werden. Die kommenden Wochen werden durch viele Termine im Wahlkreis geprägt sein. Die Landtagswahl am 15. Mai wirft ihre Schatten voraus. Seit 2017 setze ich mich mit ganzer Kraft dafür ein, dass unser Kreis Warendorf noch attraktiver wird. Mit Herz, Vernunft und Leidenschaft möchte ich mich auch zukünftig für unseren Kreis Warendorf hier in Düsseldorf stark machen. Dafür gebrauche ich auch Ihre Unterstützung. Es lohnt sich, in unserem Kreis Warendorf zu leben. Was könnte für Sie noch besser funktionieren? Sprechen Sie mich an.

Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Ihr Daniel Hagemeyer MdL

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Wüst zur Ukraine: Finanzzusagen bei Bund-Länder-Gesprächen
Nordrhein-Westfalens Regierungschef Hendrik Wüst (CDU) hat den Bund ermahnt, die Kommunen bei der Versorgung und Integration der Ukraine-Flüchtlinge nicht im Stich zu lassen. Bund, Länder und Kommunen sind in dieser schweren Krise seiner Meinung nach eine Verantwortungsgemeinschaft. Die Kommunen benötigen eine faire Lösung. NRW wird seinen Etat von derzeit 1,6 Milliarden Euro für Flüchtlinge aus allen Ländern bei Bedarf aufstocken.

Kinderschutzgesetz NRW einstimmig verabschiedet

Mit dem Kinderschutzgesetz schafft Nordrhein-Westfalen einen tragfähigen Sockel für einen starken Kinderschutz und untermauert seine Rolle als Pionier in Deutschland. Um im Ernstfall effektiv helfen zu können, brauchen die Mitarbeitenden in der Kinder- und Jugendhilfe klare Verfahrensstandards, die ihnen mit dem Gesetz an die Hand gegeben werden. Im parlamentarischen Beratungsverfahren gab es ein durchweg positives Echo.

Ursula Heinen-Esser erklärt Rücktritt als Ministerin

Das Geburtstagsessen auf Mallorca im vergangenen Juli stößt auf Unverständnis. Ursula Heinen-Esser hat hierfür mehrfach öffentlich um Entschuldigung gebeten. Die menschlichen Schicksale sind ihr sehr nah gegangen. Es ist bedauerlich, dass ein gegenteiliger Eindruck entstanden ist. Die Unterlagen im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss belegen, dass sie auch während ihres Auslandsaufenthaltes ihren Amtsverpflichtungen jederzeit vollumfänglich nachgekommen ist. Die Landesregierung hat bis heute mehr als 380 Millionen Euro an Hilfgeldern ausgezahlt, die über 15.000 Anträge auf Hilfe sind zu 96 Prozent abgearbeitet.

Landeskinderschutzgesetz verabschiedet

Mit dem Kinderschutzgesetz schafft Nordrhein-Westfalen einen tragfähigen Sockel für einen starken Kinderschutz und untermauert seine Rolle als Pionier in Deutschland. Dieses Gesetz soll Signalwirkung haben und hoffentlich auch über NRW hinaus Impulse geben, um Kinder und Jugendliche vor Gewalt und Missbrauch besser zu schützen. Das Gesetz ist ein Beleg dafür, dass die NRW-Koalition hinschaut und zuhört. Viele Praktikerinnen und Praktiker haben gespiegelt, dass sie sich mehr Austausch mit anderen Akteuren des Kinderschutzes vor Ort wünschen. Um im Ernstfall effektiv helfen zu können, brauchen die Mitarbeitenden in der Kinder- und Jugendhilfe klare Verfahrensstandards, die ihnen mit dem Gesetz an die Hand gegeben werden. Wichtiger Baustein sind die Schutzkonzepte, die die Einrichtungen selbst erarbeiten. Im parlamentarischen Beratungsverfahren gab es ein durchweg positives Echo aus der Praxis. Für die Menschen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten und sie vor jeglichem Leid bewahren wollen, ist dieses Gesetz wichtig. Kinder- und Jugendhilfe wird gestärkt, indem ein beispielloser Prozess der Qualitätsentwicklung und -sicherung auf den Weg gebracht wird.



Austausch der CDU-Münsterlandgruppe mit dem BDKJ im Landtag.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

Ministerin Ina Scharrenbach zu Besuch in Oelde

Gibt es zukünftig dreidimensionale Street-Art in den Oelder Einkaufsstraßen? Die Idee, so etwas zu realisieren, begrüßte im Oelder Brauhaus jedenfalls nicht nur Bürgermeisterin Karin Rodeheger.

Den Anstoß dazu gab NRW-Kommunalministerin Ina Scharrenbach, die auf Einladung des heimischen CDU-Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer und des CDU-Stadtverbandes Oelde besuchte, mit Vertretern des Gewerbevereins Oelde, der Bürgermeisterin und Bürgern ins Gespräch kam und bekannte: „Ich suche immer noch eine Stadt, die den Mut hat, die Innenstadt mit 3D-Kunst zu beleben.“ Gut möglich also, dass demnächst ein Bewerbungsschreiben aus Oelde auf den Ministerinnenschreibtisch in Düsseldorf flattert. Und auch die von Scharrenbach erwähnte Fördermöglichkeit für individuell gestaltete und damit stadtypische Bänke in der Innenstadt fand interessierte Zuhörer.

Thema des Abends waren Stadtentwicklung, Einzelhandel und eine Perspektive für Handel und Gewerbe. „Suchen sie das, was sie unterscheidet“, gab die Ministerin den Gästen im Oelder Brauhaus als Handlungsmaxime für ein „Innenstadtkonzept 2030“ mit auf den Weg: „Was ist das, was sie auszeichnet?“ Eine Oelder Antwort auf diese Frage dürfte das große Engagement des Gewerbevereins sein. Die bunten Ostereier waren Ina Scharrenbach beim Fußweg ins Oelder Brauhaus aufgefallen, weitere Aktivitäten sprachen Vorsitzende Anastasia Vlachava und Vorgänger Jörg Tippkemper mit der Weihnachtsbeleuchtung, der Go-Card und einigem mehr an.

Sorgen haben die Einzelhändler allerdings auch:

„Was kommt jetzt, wenn Normalität eintritt? Kommen die Menschen wieder zum Einkaufen in die Stadt?“, fragt sich nicht nur Vlachava. „Wir alle müssen den stationären Handel, Gewerbe und Gastronomie in unseren Innenstädten stärken“, ist Daniel Hagemeyer überzeugt. „Eine Innenstadt ohne Handel oder Gastronomie ist eine tote Innenstadt.“ Das unterstrich am Freitag auch Ina Scharrenbach überzeugt und plädierte für eine gesonderte Besteuerung des Online-Handels: „Es gibt momentan keine Wettbewerbsgerechtigkeit.“ Und auch das Thema „verkaufsoffene Sonntage“ hat die Ministerin auf der Agenda: „Das müssen wir in der nächsten Legislatur rechtssicher auf den Weg bringen.“

Begonnen hatte der Besuch von Ina Scharrenbach übrigens auf dem Overberg-Areal an der alten Overbergschule. Im Gespräch mit Bürgermeisterin Karin Rodeheger, der Verwaltungsspitze sowie Daniel Hagemeyer ging es um die Nachnutzungsmöglichkeiten des ehemaligen Schulstandortes sowie des alten Feuerwehrstandortes und mögliche Fördermöglichkeiten durch das Land Nordrhein-Westfalen. Dort trug sich die Ministerin ins Goldene Buch der Stadt ein. Im Anschluss begab man sich fußläufig durch die Innenstadt zum Brauhaus, wo das Gespräch mit dem Gewerbeverein folgte.



Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

Dr. Felix Austermann neuer Leiter des NRW-Landgestüts

Ein klares Bekenntnis zum NRW-Landgestüt gaben in der vergangenen Woche die Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt, Ursula Heinen Esser und Ministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung, Ina Scharrenbach bei der Vorstellung des neuen Gestütsleiters Dr. Felix Austermann und des Berichtes der Landesregierung zur Zukunft des Landgestüts in Warendorf. Fazit des Berichts: Für den Erhalt des Landgetüts sind auf Dauer Veränderungen notwendig um die Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten. Auch zur Verbesserung des Tierwohls sind verschiedene Maßnahmen unumgänglich.



v.l.: Bürgermeister Peter Horstmann, Dr. Felix Austermann, Ministerin Ina Scharrenbach, Ministerin Heinen-Esser, Landtagsabgeordneter Daniel Hagemeier und Staatssekretär Dr. Heinrich Bottermann.

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

Hagemeyer und Höner im Entsorgungszentrum ASA

„Wir haben das ambitionierteste Klimaschutzgesetz aller Bundesländer und wir haben in dieser Legislaturperiode das erste Klimaanpassungsgesetz beschlossen“, ist der heimische CDU-Landtagsabgeordnete Daniel Hagemeyer überzeugt, dass die schwarz-gelbe Landesregierung in Sachen Umwelt- und Klimaschutz auf dem richtigen Weg ist.

Zusammen mit dem CDU-Kreisvorsitzenden und Landtagstagskandidaten Markus Höner besuchte Hagemeyer jetzt die Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische Abfallbehandlung (ASA), die ihren Sitz im Entsorgungszentrum in Ennigerloh hat. „Als funktionierende Kreislaufwirtschaft müssen wir dauerhaft auch mit dem politischen Umfeld Hand in Hand gehen, um gemeinsam neue Themen anzustoßen oder Krisen zu bewältigen. Ich werde mich auch in Zukunft dafür einsetzen, langfristig neue Impulse zu setzen und die Erfahrungswerte der vergangenen Monate zu berücksichtigen“, machte ASA-Vorsitzender Thomas



Grundmann deutlich. So sei eine Lehre aus der Hochwasserkatastrophe in NRW und im Ahrtal, dass über Flächen nachgedacht werden muss, wo Abfälle in Ausnahmesituationen zwischengelagert werden können. Denn Abfälle sind Rohstoffe, unterstreicht ASA-Geschäftsführerin Katrin Büscher: „Unser Ziel muss es sein, dass die stoffspezifische Abfallbehandlung mehr als nur Symbolwirkung hat.“ Sie könne für übergeordnete Themen wie den Klimaschutz einen wichtigen Beitrag leisten, sei doch die effiziente und moderne

Verwertung von Abfällen ressourcenschonend und biete innovative Möglichkeiten für die Zukunft.

„Ein effizienter und nachhaltiger Umgang mit vorhandenen Ressourcen muss Kern der Kreislaufwirtschaft sein“, ist auch Daniel Hagemeyer überzeugt. „Wir wollen von Landesseite den Ausbau innovativer Re- und Upcycling-Verfahren für Sekundärrohstoffe fördern, werden das Rohstoff-Recycling weiter unterstützen und erfolgreiche Projekte fortführen.“ Dazu gehöre auch, die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu stärken und außerschulische Lernorte wie die „Wertstoffwerkstatt“ in Ennigerloh auch weiterhin angemessen zu fördern.

Für ASA-Referentin Johanna Weppel ist klar: „Gemeinsam mit unseren politischen Ansprechpartnern müssen wir in allen Bereichen unsere Potenziale ausschöpfen und beispielsweise das Biogas aus Bioabfallbehandlungsanlagen zielführend einsetzen.“ Hier ergeben sich auch Kooperationsmöglichkeiten mit der heimischen Landwirtschaft, ist Markus Höner überzeugt. Schließlich sei Biogas als regenerative Energie grund- und spitzenlastfähig.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

Mehr Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt bringen

Bei der Umsetzung des Ziels der NRW-Landeregierung, mehr Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, arbeiten die Freckenhorster Werkstätten engagiert mit. „Wir beschäftigen fünf Jobcoaches, die Menschen auf diesem Weg begleiten“, sagte Werkstattleiter Antonius Wolters. Im Bereich „Arbeit inklusiv“, der sich um die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt kümmert, habe man mehr Nachfrage als man bedienen könne, schilderte Wolters dem heimischen CDU-Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer und dem CDU-Kreisvorsitzenden und Landtagskandidaten Markus Höner die Situation. Durchschnittlich gelinge es pro Jahr, vier bis sieben Werkstattbeschäftigte in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. „Wir haben in diesem Feld viel bewegt“, sagt Wolters nicht ohne Stolz. Allerdings weiß er auch, dass längst nicht jeder Beschäftigte der Werkstätten den Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen kann. „58 Menschen sind aktuell auf einem Außenarbeitsplatz tätig“, sagt Wolters. Damit seien sie zwar noch bei den Werkstätten beschäftigt, könnten aber dennoch Erfahrungen in der Arbeitswelt außerhalb der Werkstatt sammeln. Zahlen, die man mit mehr Unterstützung beispielsweise durch mehr Jobcoaches wohl noch erhöhen könnte, sagt Wolters. Genau wie Caritas-Vorstandssprecher Herbert Kraft weiß Wolters allerdings auch, dass es immer öfter auch Menschen gebe, die aus dem ersten Arbeitsmarkt in die Werkstatt wechselten. Oft handelt es sich um Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen; rund 500 solcher Menschen seien derzeit in den Freckenhorster Werkstätten beschäftigt.



*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Förderprogramm zum Erwerb von Wohneigentum

Den Traum vom eigenen Zuhause verwirklichen - für eine schnell wirksame Entlastung der Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum hat die NRW-Koalition von CDU und FDP ein neues Förderprogramm auf den Weg gebracht.

„Das Programm wurde am 14. Dezember 2021 angekündigt und mit Hilfe unseres Finanzministers Lutz Lienenkämper zügig umgesetzt“, freut sich der Oelder CDU-Landtagsabgeordnete Daniel Hagemeyer über dieses deutliche Signal aus Düsseldorf.

„Der Kauf eines Ein- oder Zweifamilienhauses, einer Eigentumswohnung, oder eines Grundstücks für den Bau des eigenen Hauses, wird – rückwirkend zum 1. Januar 2022 – mit einer Summe von 2 Prozent des Kaufpreises gefördert.“ Die maximale Fördersumme beträgt 10.000 Euro. 400 Millionen Euro stehen zur Verfügung; das Förderprogramm soll nach Ostern starten.

„Eine Umsetzung dieser zielgerichteten Förderung in eine Senkung der Grunderwerbssteuer haben wir uns für die nächste Legislaturperiode vorgenommen“, so Hagemeyer weiter. Denn: obwohl NRW im Bundesrat mehrfach eine sogenannte „Länderöffnungsklausel“ gefordert hat, ist sie erst jetzt, im neuen Koalitionsvertrag der „Ampel“ vorhanden. Da wir nicht bis zur gesetzlichen Umsetzung durch Bundestag und Bundesrat warten wollen, gibt es es jetzt das Förderprogramm zur Überbrückung.“

Nach der 100 Prozent Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei den Straßenausbaubeiträgen folgte damit der nächste Entlastungsschritt: Die NRW-Koalition dreht die Zeit zurück vor 2015. Damals erhöhte die rot-grüne Landesregierung die Grunderwerbsteuer zum 1.1.2021 um 1,5% von 5,0 auf 6,5%. Wir kompensieren mit unserem Förderprogramm nicht nur diese Erhöhung, sondern gehen noch ein wenig (0,5%) darüber hinaus. Daniel Hagemeyer: „Die NRW-Koalition hält, was sie im Koalitionsvertrag versprochen hat. Schnell wirksame Entlastung für Bürgerinnen und Bürger sind in schwierigen Zeiten das, worauf es ankommt!“

CDU
NRW Fraktion

Wir fördern das selbstgenutzte Eigenheim*

***NRW-Koalition stellt 400 Millionen Euro zur Verfügung**

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Fraktion

Denkmalschutzgesetz verabschiedet: NRW stark und modern aufgestellt

Der Landtag hat an diesem Mittwoch das neue NRW-Denkmalschutzgesetz verabschiedet. Es wird zum 1. Juni in Kraft treten.

Gut 80 Prozent der rund 90.000 Bau- und Bodendenkmäler in Nordrhein-Westfalen befinden sich in privatem Besitz. Im letzten Haushalt der rot-grünen Landesregierung waren für deren Förderung gerade einmal 1,7 Millionen Euro vorgesehen – in diesem Jahr sind es stolze 40 Millionen Euro. Die Mittel sind kontinuierlich und drastisch angewachsen und das zeigt: Die Leistung der Menschen, die sich bewusst und mit ganzem Herzen für die Pflege eines Denkmals entscheiden, ist uns viel wert. Deshalb rücken die Eigentümerinnen und Eigentümer mit diesem Gesetz stärker in den Fokus und Hürden für die zeitgemäße Nutzung eines Denkmals werden eliminiert. Es muss einfacher möglich sein, Baudenkmäler barrierefrei zu machen. Mit Blick auf den Klimaschutz müssen auch energetische Umbauten oder die Errichtung von PV-Anlagen erleichtert werden. Mit einem Denkmalpreis des Landes wird ein neuer Anreiz für bürgerschaftliches Engagement rund um Denkmäler geschaffen.

Unterstützung bei der Flüchtlingsaufnahme: Land handelt – Bund verzögert

Der Landtag hat über die Unterstützung der Kommunen bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge debattiert. Die erbärmlichen Bilder aus Butscha von den Gräueltaten des russischen Angriffskriegs haben uns einmal mehr mit aller Härte vor Augen geführt: Wir müssen alles unternehmen, um dieses Elend zu beenden – und alles, um jenen Schutz zu bieten, die jetzt vor diesem Elend fliehen müssen und zu uns kommen. Das ist eine enorme Herausforderung insbesondere für unsere Kommunen. Die NRW-Koalition im Land steht an der Seite der Kommunen bei dieser Integrationsaufgabe. Drei Beispiele: Mit dem Asylstufenplan wurde dafür gesorgt, dass nur noch Menschen mit Bleibeperspektive in die Kommunen weitergeleitet werden. Durch die Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes werden die Kommunen deutlich stärker finanziell bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützt. Und durch die Novelle des Teilhabe- und Integrationsgesetzes ist eine Mindestförderung von 130 Millionen Euro jährlich für die Integrationsarbeit der Kommunen festgeschrieben worden. Das Land geht derzeit in Vorleistung, um die Städte und Kreise dabei zu unterstützen, ukrainischen Frauen und Kinder möglichst schnell ein sicheres Dach über dem Kopf zur Verfügung zu stellen.

Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes

Der Landtag hat die Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes beschlossen. Ziel ist ein besserer Gewaltschutz in den Einrichtungen der Behindertenhilfe. Die Vorfälle in einem Behindertenwohnheim haben 2019 bundesweit Entsetzen ausgelöst. Menschen – so der Vorwurf – wurden dort, wo sie sicher und behütet sein sollten, eingesperrt und mit Medikamenten ruhig gestellt. Der Fall warf ein hässliches Schlaglicht auf die herausfordernde Arbeit in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe, Werkstätten für behinderte Menschen und in der Pflege – aber eben auch darauf, dass Maßnahmen der Freiheitsentziehung dort zu oft und zu willkürlich ergriffen werden. Der Staat muss die Schwächsten in der Gesellschaft stärken und die Menschen schützen, die sich selbst nicht schützen können. Er muss aber auch für die Mitarbeitenden in einem so wichtigen sozialen Feld Strukturen bereitstellen, in denen sie ihre Arbeit gut, professionell und im Sinne der Menschen machen können. Mit dem neuen Wohn- und Teilhabegesetz schafft das Land eine effiziente Prüf- und Kontrollstruktur, die Missbrauch, Gewalt und unrechtmäßige Freiheitsentziehung künftig verhindern soll.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Landesweites Netzwerk „EIN Quantum NRW“ nimmt die Arbeit auf

Ein Netzwerk aus Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen soll die führende Stellung Nordrhein-Westfalens auf dem Feld der Quantentechnologien weiter ausbauen.

Mit einem digitalen „Kick-Off“-Meeting in Anwesenheit von Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen und Wirtschaftsminister Prof. Andreas Pinkwart hat das neue landesweite Quantencomputing-Netzwerk „Ein Quantum NRW“ seine Arbeit aufgenommen. Mehr als ein Dutzend Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen schließen sich hierin auf eigene Initiative mit Unternehmen aus der Wirtschaft zusammen, um die nationale Technologieführerschaft in der Forschung und Entwicklung von Quantentechnologien weiter auszubauen, Fachkräfte für dieses Zukunftsfeld auszubilden und Anwendungen für Wirtschaft und Industrie im Herzen Europas zu erschließen. Die Gründungspartner des Netzwerks kommen aus ganz Nordrhein-Westfalen. Zu ihnen gehören die Universitäten Aachen, Bochum, Bonn, Dortmund, Duisburg-Essen, Düsseldorf, Köln, Münster, Paderborn, Siegen sowie das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), das Forschungszentrum Jülich und die in Nordrhein-Westfalen ansässigen Institute der Fraunhofer-Gesellschaft.

Für seine Arbeit kann das Netzwerk auf bis zu 20 Millionen Euro zurückgreifen: Die Landesregierung fördert „EIN Quantum NRW“ zunächst bis 2026 mit zu 12,5 Millionen Euro. Weitere 7,5 Millionen Euro bringen die Forschungseinrichtungen selbst ein.

„Quantentechnologien bieten viele Chancen, vom besseren Verständnis des Klimawandels und dem Schutz der Umwelt bis hin zur abhörsicheren Kommunikation gegen Cyber-Angriffe. Mit dem Netzwerk EIN Quantum NRW wollen wir diese Zukunftstechnologie in den kommenden Jahren entscheidend voranbringen. Schon heute ist die Dichte von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die in Nordrhein-Westfalen an Quantentechnologien forschen, bundesweit einzigartig. Die Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen decken die vier vielversprechendsten technologischen Ansätze zum Quantencomputing – supraleitende Schaltkreise, Ionenfallen, Photonen oder Halbleiter-basierte Ansätze – komplett in Breite und Spitze ab: Auch das ist ein absolutes Alleinstellungsmerkmal. Das zeigt: NRW ist der Motor für die Entwicklung des Quantencomputings in Deutschland“, sagt Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine deutschlandweit einmalige Dichte und Diversität an exzellenten Forschungs- und Wissenschaftsstandorten, die bereits heute Quantentechnologien aktiv vorantreiben – gemeinsam mit Start-ups und Technologieunternehmen. Diese treffen auf eine Vielzahl von Unternehmen, die die Chancen der Quantentechnologien ergreifen und damit neue Anwendungen und Lösungen für drängende Zukunftsfragen entwickeln werden. Die Partner in EIN Quantum NRW werden sich verstärkt für die Lehre einsetzen, aber auch für die Weiterbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs und Fachkräften.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Fokuswoche Langzeitarbeitslosigkeit: Jobcenter stellen Wege

In den vergangenen Jahren konnten viele langzeitarbeitslose Menschen in Nordrhein-Westfalen, unterstützt durch innovative Ansätze und Programme der Jobcenter, nachhaltig den Weg zurück in Arbeit gehen. In einer „Fokuswoche Langzeitarbeitslosigkeit“ stellen vom 4. bis zum 8. April 2022 viele Jobcenter über ihre Kommunikationskanäle gelungene Beispiele für erfolgreiche Wege aus der Arbeitslosigkeit vor. Arbeitsminister Karl-Josef Laumann erklärt: „Vor der Coronavirus-Pandemie profitierten bereits viele Menschen, die schon länger arbeitslos waren, von den Unterstützungsangeboten der Jobcenter und der zugleich guten wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land. Aber auch während der Pandemie und trotz der schwierigen Bedingungen für die Unternehmen konnten mit Unterstützung der Jobcenter einige bestehende Beschäftigungsverhältnisse ehemals langzeitarbeitsloser Menschen nachhaltig gesichert werden. Zuletzt ist die Zahl arbeitsloser Menschen wieder zurückgegangen, von der Erholung am Arbeitsmarkt konnten Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, bislang jedoch weniger profitieren. Daher ist es gut, dass die Jobcenter in Nordrhein-Westfalen derzeit bei ihrer Arbeit einen besonderen Schwerpunkt auf diese Menschen legen. Ich freue mich über die vielfältigen Ansätze der nordrhein-westfälischen Jobcenter, die Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig in Arbeit bringen.“ Torsten Withake, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit: „Ich freue mich über die Gelegenheit für die Jobcenter, in der Fokuswoche von den vielfältigen Projekten und Programmen sowie von der guten Arbeit zu berichten, die sie in NRW seit Jahren leisten. Besonders freut es mich, dass wir das zusammen tun, als kommunale wie auch gemeinsame Jobcenter. Die Pandemie hat die in NRW seit 2014 kontinuierlich positive Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit vorübergehend unterbrochen. Doch hat sie uns dadurch noch einmal gezeigt, dass wir zusammen schwierige Situationen erfolgreich bewältigen können. Und letztlich hat sie uns auch gezeigt, dass viele der neuen und innovativen Ansätze der vergangenen Jahre sich nachhaltig auch in Krisensituationen bewähren. Viele neu begonnene Beschäftigungsverhältnisse konnten mit der Unterstützung der Jobcenter trotz der schwierigen Bedingungen für die Unternehmen nachhaltig gesichert werden. Die Menschen bleiben in Arbeit. Für sie und ihre Familien ist das eine sehr gute Nachricht.“

Wege aus der Arbeitslosigkeit

Während der Fokuswoche Langzeitarbeitslosigkeit werden die Jobcenter in Nordrhein-Westfalen über Positivbeispiele aus ihrer Praxisarbeit berichten. Dabei geht es um Erfolgsgeschichten vor Ort, die die besondere Bedeutung der Jobcenter und ihr Engagement für langzeitarbeitslose Menschen zeigen.

Langzeitarbeitslosigkeit während Corona-Pandemie gestiegen – Abbau gelingt langsam

Die Pandemie führte 2020 weltweit zu einem starken Wirtschaftseinbruch. Als Folge waren auch in Nordrhein-Westfalen viele Menschen neu auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen. So waren im März 308.734 Personen in Nordrhein-Westfalen länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum März 2020, also zum Vergleichsmonat vor der Ausbreitung der Covid-19 Pandemie, stieg die Zahl langzeitarbeitsloser Menschen um 67.337 Personen oder 27,9 Prozent. Um die Folgen der Corona-Pandemie auf dem Arbeitsmarkt weiter abzumildern und Arbeitslosen Perspektiven auf einen nachhaltigen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zudem mit REACT-Mitteln der Europäischen Union die Initiative „Wiedereinstieg“ gestartet. Im Rahmen der Initiative wurden vier Aufrufe veröffentlicht. Mit dem Wettbewerb „100 Ideen gegen Langzeitarbeitslosigkeit“, der Aktion „10.000 Perspektiven“, der „Kooperativen Beschäftigung“ und der „aufsuchenden Stabilisierungsberatung“ wird ein Beitrag zur Bewältigung der Pandemie geleistet.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Zwölf Kommunen in Nordrhein-Westfalen machen den „Fußverkehrs-Check 2022“

Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen wollen ihre Mobilität nachhaltiger ausrichten. Das geht auch bei der einfachsten aller Fortbewegungsarten: dem Gehen. Mit dem „Fußverkehrs-Check NRW“ unterstützt das Verkehrsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen zusammen mit dem Zukunftsnetz Mobilität NRW Kommunen dabei, den Stand ihres Fußverkehrs professionell unter die Lupe zu nehmen und zu verbessern. Nun stehen die zwölf ausgewählten Kommunen für das Jahr 2022 fest.

Im Wettbewerbsverfahren werden Städte und Gemeinden ausgewählt, die gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort überprüfen, wo es Verbesserungsmöglichkeiten für sie gibt und wie diese am besten umgesetzt werden. 32 Bewerbungen sind eingegangen. Die zwölf Gewinner erhalten in den kommenden Wochen eine Teilnahmeurkunde von Ina Brandes, Ministerin für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, und sind damit offiziell zertifiziert.

„Zu Fuß gehen hält fit und ist gut fürs Klima“, so Ina Brandes, Verkehrsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen. „Um sicher und bequem zur Arbeit, in die Schule oder zum Einkaufen zu gehen, brauchen wir fußgängerfreundlich gestaltete Wege und Plätze. Mit den Fußverkehrs-Checks unterstützen wir Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen dabei, Fußwege attraktiver und sicherer zu machen. Ich freue mich, dass jetzt zwölf weitere Kommunen – von der Stadt Aachen bis zur Gemeinde Hövelhof an der Ems – unser Angebot annehmen. Gemeinsam sorgen wir für eine höhere Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land.“

„Die Stadt- und Verkehrsplanung der letzten Jahrzehnte war klar autozentriert, Fußgängerinnen und Fußgängern wurde nicht viel Platz eingeräumt. Als Resultat gibt es kaum einladende Fußwege und Aufenthaltsmöglichkeiten. Dabei ist Gehen die natürlichste und nachhaltigste Art der Fortbewegung. Fußgängerfreundliche Wege und Plätze erhöhen die Aufenthalts- und Lebensqualität in Kommunen deutlich. Hier setzt unser Fußverkehrs-Check NRW an“, so Theo Jansen, Geschäftsstellenleiter des Zukunftsnetz Mobilität NRW mit Sitz beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg in Köln.

Aus dem Kreis Warendorf führte die Stadt Sendenhorst 2022 mit Unterstützung des Zukunftsnetz Mobilität NRW einen „Fußverkehrs-Check NRW“ durch.

Hintergrund

Die „Fußverkehrs-Checks NRW“ sind ein Angebot des Zukunftsnetz Mobilität NRW, dem landesweiten Unterstützungsnetzwerk für nachhaltige Mobilitätsentwicklung. Die bewährte Methode enthält mehrere Bausteine. Begehungen sind das Kernstück – sie geben den Teilnehmenden vor Ort die Gelegenheit, Probleme und Sichtweisen auszutauschen und neue Lösungsansätze und Ideen zu diskutieren. Es folgt eine Stärken-Schwächen-Analyse sowie die Erstellung eines Maßnahmenplans mit Prioritäten, die gemeinsam von Bürgerinnen und Bürgern sowie Expertinnen und Experten erarbeitet werden.

Die verschiedenen Etappen werden von einem Planungsbüro begleitet, das die Veranstaltungen moderiert, die Themen bündelt und die Ergebnisse zusammenfasst. Zum Abschluss bekommt jede teilnehmende Kommune eine Auswertung und Handlungsempfehlung. Die Umsetzung ist freiwillig, das Zukunftsnetz Mobilität NRW berät die Kommunen auf Wunsch zur Generierung möglicher Fördermittel. Die Kosten werden vom Ministerium für Verkehr Nordrhein-Westfalen übernommen.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de